

**Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses
am Mittwoch, dem 16.11.2005, in Warendorf**

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 12:15 Uhr

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2006	326/2005 4
2.	Budgetbewirtschaftung hier: Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit	338/2005 7
3.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	327/2005 8
4.	Sozialleistungsbericht 2005	330/2005 9
5.	Bericht über die Schuldnerberatung im Kreis Warendorf	336/2005 10
6.	Vogelgrippe - Eine Einschätzung der aktuellen Situation aus der Sicht des Gesundheitsamtes und des Veterinärarnates des Kreises Warendorf	332/2005 12
7.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Information zum Thema "Rechtliche Grundlagen von Stiftungen"	343/2005 13

Anwesend:

Vorsitz	
Tünte-Poschmann, Hildegard	
Ausschussmitglieder	
Birkhahn, Astrid	
Hein-Kötter, Dorothea	
Hohmann de Palma, Ingrid	
Holz, Günter	
Hörnemann, Josef	
Mors, Annette	
Schmidt, Ulrike	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Stöppel, Gregor	
Strübbe, Robert	
Wartala, Franz-Jörg	
Wördemann, Christiane	
stellv. Ausschussmitglieder	
Arnkens-Homann, Dagmar	
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Brand-Assies, Marlies	
Cord, Rita	
Funke, Stefan Dr.	
Kleickmann, Antonius Dr.	
Schabhüser, Helmut	
Schmiele, Angelika	
Schulze-Kalthoff, Norbert Dr.	
Schürmann, Brigitte	
Wagner, Uta	
Gäste	
Berg, Jasmin	Diakonie Gütersloh e.V.
Bruns, Hergen	Diakonie Gütersloh e.V.
Klöpper, Harald	ARGE Kreis Warendorf

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Grabenmeier, Hildegunde

Strohbücker, Josef

Frau Tünte-Poschmann eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozialausschuss mit Einladung vom 04.11.2005 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Frau Tünte-Poschmann verpflichtet das Ausschussmitglied Frau Ulrike Schmidt, die nicht Mitglied des Kreistages ist, zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

I. Öffentlicher Teil

1.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2006	326/2005
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Sozialausschusses liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages am 30.09.2005 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2006 vor.

Darüber hinaus liegen den Anwesenden nachstehende Anträge zum Haushaltsplanentwurf vor:

1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.10.2005 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2006
2. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 29.10.2005 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2006

Frau Tünste-Poschmann stellt die einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen des Haushaltsplanentwurfes sowie die vorstehenden Anträge zur Beratung und Abstimmung.

Zu den Haushaltsstellen 4100.7180.0003 (Ansatz 7.000 €) und 4100.7330.0000 (Ansatz 7.200 €) erklärt Herr Dr. Funke, dass diese Ansätze irrtümlich getrennt aufgeführt sind. Sie werden im Haushaltsplan unter der Haushaltsstelle 4100.7330.0000 – Beratungsleistungen an Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser – mit einem Ansatz von 14.200 € zusammen gefasst.

Frau Arnkens-Homann weist darauf hin, dass in einigen Fällen Frauen aus Frauenhäusern Geld in Form von Gutscheinen erhalten. Diese Regelung könne nicht akzeptiert werden. Die Frauen sollten entweder Bargeld oder Schecks erhalten.

Herr Klöpfer erklärt, dass angestrebt sei, die Gutschein-Praxis abzuschaffen.

Zu 1.:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.10.2005 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2006

und

Zu 2.:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 29.10.2005 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2006

Frau Mors erläutert und befürwortet den Antrag des Vereins „Beweggründe e.V.“, Sendenhorst um Erhöhung des Haushaltsansatzes der Zuschüsse für psychomotorische Förderung um 5.000 € auf 98.000 €.

Frau Birkhahn spricht sich ebenfalls für die Erhöhung des Haushaltsansatzes aus. Die Bereitstellung der Mittel solle antragsgemäß nur erfolgen, wenn durch den Verein „Beweggründe e.V.“ keine neue Projektförderung über Stiftungsmittel erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu den Haushaltsstellen

- 4820.1620.0000 – Erstattung der Kosten nach dem SGB II –
- 4820.1910.0000 – Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung –
- 4820.6913.0000 – Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung –

erläutert Herr Dr. Funke, dass die Ansätze gegenüber dem Haushaltsplanentwurf verringert werden.

Seitens der Bürgermeister sei eine Senkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 10 % auf 9.000 zugesagt worden. Gleichzeitig könne der je Bedarfsgemeinschaft zu Grunde gelegte Bedarf aufgrund der aktuellen Entwicklung von 270 € auf 260 € für Kosten der Unterkunft und Heizung gesenkt werden.

Die Ansätze des Haushaltsstellen werden daher entsprechend gesenkt auf:

- | | |
|-------------------|--------------|
| - 4820.1620.0000: | 20.150.000 € |
| - 4820.1910.0000: | 8.200.000 € |
| - 4820.6913.0000: | 28.080.000 € |

Herr Dr. Börger führt dazu aus, dass auch die Agentur für Arbeit Ahlen und der Kreis fest entschlossen seien, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zu reduzieren. Sobald der Aufbau der ARGE abgeschlossen und auch die zusätzlich eingestellten Mitarbeiter eingearbeitet seien, werde dieses gelingen.

Der Sozialausschuss fasst sodann folgende **Beschlussempfehlung**:

Dem vorliegenden Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2005 und des Vermögenshaushaltes 2005 wird, soweit er der Beratung durch den Sozialausschuss unterliegt und unter Berücksichtigung der Empfehlungen, die der Sozialausschuss zu den von ihm in dieser Sitzung beratenen Anträgen zum Haushalt 2006 abgegeben hat, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

2.	Budgetbewirtschaftung hier: Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit	338/2005
-----------	--	-----------------

Frau Schürmann erläutert die Vorlage.
Wortmeldungen dazu erfolgen nicht.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

3.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	327/2005
-----------	--	-----------------

Herr Klöpfer erläutert anhand von Folien (Anlage 1) den aktuellen Sachstand

- zur Entwicklung der Zahl der SGB II-Bedarfsgemeinschaften,
- zur Zahl der Bedarfsgemeinschaften von August bis November 2005 / Aufteilung auf die Städte und Gemeinden des Kreises Warendorf,
- zur Entwicklung der Zahl der SGB II-Arbeitslosen sowie
- zu den Förderfällen / Eintritte und Bestand für Kunden des Rechtskreises SGB II.

Herr Klöpfer führt aus, dass der Stellenplan der ARGE 187 Stellen ausweist, von denen derzeit 1 – 2 Stellen unbesetzt seien.

Zu den Brückenjobs (1 €-Jobs) erläutert Herr Klöpfer, dass hier die Fallmanager über ein passendes Arbeitsangebot entscheiden. Die Brückenjobs wurden geschaffen, um Langzeitarbeitslose an Arbeit heranzuführen. Diese müsse gemeinnützig und zusätzlich sein.

Er betont, dass eine Wettbewerbsverzerrung durch 1 €-Jobs vermieden werden müsse.

Herr Holz erkundigt sich nach der Anzahl von Sanktionen in den Fällen, in denen Arbeitslose die vermittelte Arbeit nicht annehmen bzw. abbrechen.

Herr Klöpfer erklärt, dass das Controlling derzeit noch nicht ausgereift sei und er daher keine entsprechenden Zahlen nennen könne. Gleiches gelte auch für die Anzahl der jugendlichen Gründer einer Bedarfsgemeinschaft.

Herr Dr. Börger weist auf die Zahl von fast 2.000 Abgängen bei den SGB II-Arbeitslosen bis Oktober 2005 hin. Er bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE, die unter den schwierigen Rahmenbedingungen sehr gute Arbeit leisteten.

Frau Arnkens-Homann kritisiert die negative Berichterstattung zur ARGE in den Medien, die seitens der Agentur für Arbeit betrieben werde. Die ARGE sei eine Herausforderung für alle, bestehende Probleme seien nicht öffentlich zu lösen.

Herr Stöppel erklärt, dass auch die FWG-Kreistagsfraktion dieser Auffassung sei. Die öffentliche Diskussion müsse beendet werden.

Herr Dr. Börger stimmt zu, dass die Probleme intern in der Trägerversammlung zu klären seien. Er widerspricht insbesondere dem Vorwurf, dass zuviel Personal vorgehalten werde. Ausreichendes Personal sei die Grundlage für gute Arbeit.

Herr Klöpfer erklärt abschließend, dass sich die Geschäftsführung der ARGE nicht öffentlich äußern werde.

4. Sozialleistungsbericht 2005**330/2005**

Frau Schürmann stellt den Sozialleistungsbericht 2005 vor. Dieser gibt einen aktuellen Überblick über die sozialen Leistungen des Kreises Warendorf. Inhaltliche Änderungen gebe es in 2005 insbesondere durch die Umsetzung von Hartz IV.

Veränderungen haben sich hier vor allem bei der Hilfe zum Lebensunterhalt ergeben, weil der Großteil der ehemaligen Sozialhilfeempfänger seit dem 01.01.2005 Arbeitslosengeld II erhalten. Derzeit erhielten nur noch etwa 90 Menschen im Kreis Warendorf Hilfe zum Lebensunterhalt, Ende 2004 waren es noch rd. 6.000.

Neu eingefügt seien die Leistungen nach dem SGB II, Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Frau Schürmann führt aus, dass als weitere Auswirkung durch Hartz IV neue vertragliche Vereinbarungen mit der Schuldnerberatung, den Frauenhäusern sowie den Frauenberatungsstellen erforderlich geworden seien.

Frau Mors erkundigt sich nach dem Grund des Anstiegs der eingegangenen Kündigungsanträge nach dem Schwerbehindertengesetz (S. 85, Ziff. 2). Frau Schürmann erklärt, dass der Grund nach Rücksprache mit dem zuständigen Sachbearbeiter im Protokoll erläutert werde.

Die Nachfrage ergab, dass die allgemeine Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage für den Anstieg der Kündigungsanträge verantwortlich ist.

5. Bericht über die Schuldnerberatung im Kreis Warendorf**336/2005**

Frau Berg gibt anhand von Folien (Anlage 2) einen Tätigkeitsbericht der Schuldnerberatungsstelle der Diakonie Gütersloh e.V. für die Zeit vom 01.01.2004 bis 11.11.2005. Sie erläutert

- die Anzahl der Beratungsfälle,
- die Beratungsformen,
- die Wohnorte der Klienten,
- deren Einkommensarten,
- die Anzahl der erbrachten Fachleistungsstunden,
- die derzeitigen Wartezeiten,
- die Überschuldung als Arbeitsplatzrisiko sowie
- die statistischen Daten der Jahre 2004 und 2005.

Frau Berg führt aus, dass monatlich ca. 28 Erstberatungen stattfinden. Die durchschnittliche Verschuldung der Klienten betrage 40.000 €, eine Verschuldung von 150.000 – 200.000 € sei nicht selten.

Je nach dem vorhandenen Selbsthilfepotential der Klienten fänden Beratungen monatlich oder mehrmals pro Monat statt.

Hinsichtlich der Wartezeiten für diejenigen Klienten, die kein ALG II beziehen, erklärt Frau Berg, dass hier ein ausführliches Erstgespräch geführt werde, bevor die Wartezeit einsetze.

Frau Mors erkundigt sich, in welcher Form der Kreis Warendorf Abhilfe gegen die Wartezeiten schaffen könne.

Herr Dr. Börger führt aus, dass es sich bei der Schuldnerberatung für ALG II-Empfänger um eine Pflichtleistung des Kreises handele. Daher sei auch eine Erhöhung der Fachleistungsstunden erfolgt.

Über die Pflichtleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII hinaus gehende Beratungen seien nicht leistbar.

Für die Schuldnerberatung des Kreises Warendorf berichten Frau Brand-Assies und Frau Wagner.

Frau Brand-Assies erläutert anhand von Folien (Anlage 3)

- die Personalsituation der Schuldnerberatung des Kreises,
- die Zuständigkeiten sowie
- anhand von Fallbeispielen die Ermittlung des berechtigten Personenkreises.

Frau Wagner erläutert ebenfalls anhand von Folien (Anlage 4)

- den Verlauf der Beratung eines Klienten,
- die Fallzahlen zum Stichtag 31.10.2005,
- die Anzahl der Verbraucherinsolvenzen in den Jahren 2001 bis 2005,
- die Anzahl der Neuaufnahmen in den Jahren 2002 bis 2004,

- das Alter der Schuldnerinnen und Schuldner in den Jahren 2002 bis 2004,
- die Höhe der Verbindlichkeiten in den Jahren 2002 bis 2004,
- die Anzahl der Gläubiger in den Jahren 2002 bis 2004 sowie
- der Anzahl der Neuaufnahmen vom 01.01. bis 31.10.2005.

Zum Anstieg der Zahl der Verbraucherinsolvenzen seit 2002 führt Frau Wagner aus, dass die Verfahrenskosten bis zum Jahre 2001 von den Ratsuchenden vorzustrecken waren. Seit 2002 werden diese Kosten für 6 Jahre gestundet, evtl. nach 4 Jahren erlassen.

Hinsichtlich der Wartezeiten teilt Frau Wagner mit, dass 4 – 6 Wochen nach der kurzfristigen Erstberatung der nächste Beratungstermin folge.

Frau Brand-Assies erklärt auf Nachfrage von Herrn Hörnemann zur Kooperation mit anderen Beratungsdiensten, dass die Zusammenarbeit mit den Stellen für Suchtberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung und des Gesundheitsamtes sehr wichtig sei und gut funktioniere.

In wie vielen Fällen Familien betroffen sind, werde weder beim Kreis noch bei der Diakonie erfasst. Dieses sei über die vom Land beschaffte Software nicht möglich. Die Mitarbeiterinnen beider Schuldnerberatungen nennen jedoch einen geschätzten Anteil von 80 bis 90 % der Ratsuchenden.

Frau Birkhahn stellt fest, dass die geänderten gesetzlichen Vorgaben keine Verbesserung für die Betroffenen bewirkt hätten. Dem Kreis Warendorf sei die Finanzierung freiwilliger Leistungen jedoch nicht möglich.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass die Verschuldung ein allgemeines gesellschaftliches Problem darstelle. Dieses könne jedoch nicht vom Kreis gelöst werden.

Frau Arnkens-Homann für die SPD-Kreistagsfraktion würdigt der Arbeit der Schuldnerberatungsstellen.

6.	Vogelgrippe - Eine Einschätzung der aktuellen Situation aus der Sicht des Gesundheitsamtes und des Veterinäramtes des Kreises Warendorf	332/2005
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Kleickmann, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, berichtet über den aktuellen Stand der fachlichen Situation und der getroffenen Vorsorgemaßnahmen zur Vogelgrippe.

Er erläutert anhand von Folien (sh. Anlage 5) verschiedene Begriffe der Krankheiten, die entsprechenden Krankheitssymptome, die bisher aufgetretenen Ausbrüche von Geflügelpest in Europa sowie die Möglichkeiten der Prävention.

Abschließend erklärt Herr Dr. Kleickmann, dass bisher noch kein Virus der Vogelgrippe in Deutschland nachgewiesen wurde.

Er weist auf die Notwendigkeit der Aufstallung sämtlichen Hausgeflügels hin, um diese vom Wildgeflügel abzuschirmen. Seitens der Züchter und Geflügelhalter werde für diese Maßnahme Verständnis gezeigt.

Herr Dr. Schulze Kalthoff, Gesundheitsamt, informiert über die Lage und Vorsorge für den Menschen bei einer Influenza (sh. Anlage 6).

7.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Information zum Thema "Rechtliche Grundlagen von Stiftungen"	343/2005
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Börger legt die Broschüre „Eine Herausforderung – die Gründung einer Stiftung“ der Bezirksregierung Münster vor. Er weist darauf hin, dass ein hohes Stif-
tungskapital erforderlich sei.

Frau Hohmann de Palma erinnert daran, dass Herr Dr. Funke in der Sitzung am
26.01.2005 die rechtliche Seite der Gründung einer Stiftung mit öffentlichen Mitteln
vorgetragen habe.

Sie selbst sei von der Bezirksregierung an einen für das Thema der unselbständigen
Stiftung sehr kompetenten Mitarbeiter der Stadt Münster verwiesen worden.

Herr Dr. Börger erklärt, dass nicht die Stadt Münster, sondern die Bezirksregierung
als Stiftungsaufsicht für den Kreis Warendorf zuständig sei.

Frau Birkhahn regt an, einen Vertreter der Stiftungsaufsicht der Bezirksregierung zur
nächsten Sitzung des Sozialausschusses einzuladen.

Die übrigen Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

Herr Dr. Börger kündigt an, dass sich die Verwaltung mit der Bezirksregierung in
Verbindung setzen werde, um einen geeigneten Referenten zu gewinnen.

Frau Tünte-Poschmann schließt die Sitzung um 12.15 Uhr.

Hildegard Tünte-Poschmann
Vorsitz

Dr. Heinz Börger
Schriftführer